

II-533 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 286 /J

1983 -11- 11

A n f r a g e

der Abgeordneten Maria Stangl, Dr. Marga Hubinek, *Offilie Rochus*  
und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend erhöhte Heizkosten durch die erhöhte Mehrwertsteuer

Die im Belastungspaket der Bundesregierung vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung ab 1. 1. 1984 von 13 auf 20 Prozentpunkte bei den Energieträgern wird sich schon im heurigen Winter in den Haushaltsbudgets der österreichischen Familien kräftig auswirken. Zum Beispiel werden sich nach Berechnungen der steirischen Siedlungsgenossenschaft Rottenmann die Heizkosten je Quadratmeter Wohnfläche pro Jahr um rund 7.-- S auf 85,68 S verteuern.

Dieser Preisanstieg ist zur Gänze auf die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer für Energie zurückzuführen. Die steuerliche Belastung der Heizkosten hat sich damit von 1979 auf 1984 verfünffacht:

1979: jährliche Heizkosten je m <sup>2</sup>	S 35,68	davon	8 % MwSt	=	2,64 S
1982/83: jährl. Heizkosten je m <sup>2</sup>	S 78,31	davon	13 % MwSt	=	9,01 S
1984: jährliche Heizkosten je m <sup>2</sup>	S 85,68	davon	20 % MwSt	=	14,28 S.

Da das neue Familienministerium erst ab 1. 1. 1984 installiert wird, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Glauben Sie, daß diese allein durch die 54 %ige Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bedingten Heizkostenbelastungen aus den normalen Familienbudgets zu verkraften sind, zumal die Familienbeihilfen nicht angehoben werden?

- 2 -

- 2) Welche Überlegungen hat die Bundesregierung angestellt, um den Familien bei diesen zusätzlichen Belastungen zu helfen?